

## **Ergebnisse der Dialogforen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation (NFEP)**

### **Anmerkungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zum Stand und den weiteren Schritten zur Erarbeitung einer „nationalen Engagementstrategie“**

#### **Einleitung: Zum aktuellen Stand des Forumsprozesses**

Die Ergebnisse der 6 Dialogforen, die im Frühjahr 2010 durchgeführt worden sind, wurden dem BMFSFJ zeitnah übergeben und sind in dessen Abstimmung mit den Ressorts des Bundes eingeflossen.

Am heutigen Tag fand ein intensiver Informationsaustausch des Bundes mit den Ländern zur „nationalen Engagementstrategie“ statt. Ein Beschluss des Bundeskabinetts wird nach unserem Informationsstand im September/Oktober 2010 erfolgen. Staatssekretär Hecken vom BMFSFJ hat zu diesen Fragen vor dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement ausführlich berichtet.

Nach dem Kabinettsbeschluss plant das BBE eine online-Beratung zu den Empfehlungen der bisher durchgeführten 6 Dialogforen und zum Kabinettsbeschluss. Ziel ist es, interessierten Menschen aus dem großen Feld des bürgerschaftlichen Engagements zu beteiligen und so sicher zu stellen, dass bei der Entwicklung einer „nationalen Engagementstrategie“ auch alle relevanten Probleme des Engagements berücksichtigt werden.

Im BBE, dem Netzwerk, in dem die Träger- und Förderstrukturen des Engagements von 23 Millionen Menschen in Deutschland aus den Sektoren Zivilgesellschaft, Staat/ Kommunen und Wirtschaft vernetzt sind, sind die Erwartungen an die Entwicklung einer „nationalen Engagementstrategie“ sehr hoch. Dies ist eine große Chance für eine solche Strategie.

Im Folgenden möchte ich diese Erwartungen mit Blick auf den Fortgang des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ ausführen.

# **1. Vorstellungen des BBE zum Fortgang des Forumsprozesses und den weiteren Schritten**

## **1.1 Fortsetzung der Dialogforen**

Aus Sicht des BBE stellt der für den Herbst 2010 erwartete Beschluss des Bundeskabinetts einen wesentlichen Baustein für den Aufbau einer „nationalen Engagementstrategie“ dar. Dieser Beschluss sollte aber nicht bereits das Ende dieser Strategieentwicklung sein, die die Dauer der gesamten Legislatur erfordert. Die komplexen Fragen etwa eines „nationalen Engagementförderplans“ oder eines „nationalen Engagementfördergesetzes“, deren Prüfung der Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt hat, erfordern eine zeitintensiv Beratung des Forums.

## **1.2 Ziele: Expertise, Partizipation, Öffentlichkeit und Legitimation**

Durch die dem BBE zukommende Veranstalterrolle für das Forum, konnte und kann die Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft – der Träger- und Förderstrukturen des Engagements – und ihrer Expertise für den Forumsprozess sichergestellt werden. Die Beteiligung der Träger- und Förderstrukturen an der Entwicklung der „nationalen Engagementstrategie“ soll künftig – hier besteht Einigkeit mit dem BMFSFJ – durch den stärkeren Einbezug der Arbeitsgruppen des BBE noch vertieft werden. Da jedoch auch externer Sachverstand in den Forumsprozess einzubeziehen ist und da die Arbeitsgruppen des BBE eigene Aufgaben im Auftrag der BBE-Mitgliederversammlung zu erfüllen haben, bedarf es weiterhin der eigenständigen Formate von Dialogforen (zu den erforderlichen Standards der Dialogforen siehe unten im Detail).

Die bisherige Arbeit des Forums war geprägt von einer hohen Aufmerksamkeit der gesamten Fachöffentlichkeit. Durch Fortentwicklung des Forumsprozesses – etwa durch einen „Engagementgipfel“ im kommenden Jahr und am Ende der Legislatur (dazu im Detail weiter unten) – kann die Aufmerksamkeit der allgemeinen politischen Öffentlichkeit noch deutlich gesteigert werden.

Der Forumsprozess ist zum einen ein Beitrag zur Partizipation auf dem Wege der „deliberativen Demokratie“: Die deliberative Variante des Demokratieverständnisses ist ganz auf diejenigen Bedingungen für den politischen Prozess konzentriert, die vernünftige Resultate erwarten lassen. Vernünftig heißt hierbei: Das Zustandekommen von Regeln, Gesetzen und Vorschriften für das Zusammenleben in einer Gesellschaft ist so beschaffen, dass die Beschlüsse nachvollziehbar und

anschlussfähig sind. Sie müssen in breiten gesellschaftlichen Debatten entstanden sein und für weitere Debatten, andere politische Mehrheiten und neue Entscheidungen unter neuen Gesichtspunkten offen bleiben.

Eine partizipationsoffene, moderierte Begleitung der Forumdiskussionen im Internet ermöglicht auch den Einbezug aller interessierten Engagierten jenseits der notwendig begrenzten Formate der Dialogforen.

Die Möglichkeiten der Partizipation im Forumsprozess begründen dessen Legitimation. Eine legitimationsstarke Entwicklung der „nationalen Engagementstrategie“ bietet die große Chance, der Engagementpolitik Aufmerksamkeit, Rückhalt und Legitimation zu sichern und zu erschließen.

### **1.3 Das Forum als Governance-Modell – ein Beispiel mit Ausstrahlung**

Das Nationale Forum für Engagement und Partizipation ist der Versuch, die Mitwirkung Betroffener bei Entscheidungen über die Entwicklung sie betreffender Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Für Entscheidungen, an denen ein größerer Kreis von Stakeholdern einbezogen wird, hat sich der Begriff „Governance“ eingebürgert.

Das Forum hat bereits Impulscharakter für europäische Prozesse und für Prozesse auf Ebene der Länder gehabt. So wird im Zusammenhang der Vorbereitungen des Europäischen Jahres der Freiwilligen 2011 in Brüssel das Format der Dialogforen genutzt, um Eckpunkte einer europäischen Engagementpolitik aufzubauen. Aus Sachsen-Anhalt wurde bereits angefragt, wie man die Instrumente des Forums für eine Strategieentwicklung zur Frage des demografischen Wandels nutzen kann.

Der Europarat hat einen Kodex zu guten Formen von Governance beschlossen. Neben dem Nachhaltigkeitsdiskurs des BMU stellt die Entwicklung einer „nationalen Engagementstrategie“ durch das BMFSFJ jetzt einen zweiten, herausragenden Einbezug von Governance in die Strategieentwicklung der Bundesregierung dar. Dieser Prozess sollte evaluiert und ausgewertet werden.

### **1.4 Formate des Forumsprozesses und deren Entwicklung Dialogforen und ihre Standards**

Der bisherige Standard für die Vorbereitung und Durchführung von Dialogforen sollte unbedingt erhalten bleiben. Dazu gehören:

- die intensive thematische Vorbereitung der Dialogforen durch das Koordinationsbüro inkl. der Erstellung von Fragen zu den jeweiligen Themenkreisen, denen sich das Forum widmen sollte,
- die vorherige Vergabe vertiefender Gutachten für die Dialogforen,
- angesichts der Zeitknappheit bei den Dialogforen im Frühjahr 2010 und angesichts der Komplexität der aus Sicht des BBE noch erforderlichen Dialogforen, muss auch mit mehrfachen Sitzungen einzelner Dialogforen als Voraussetzung ihrer Auftragserfüllung gerechnet werden,
- die Dokumentation der Forumsergebnisse in Print und in elektronischer Form sollte weiter zum Standard gehören.

### **Partizipationsstarke online-Begleitung des Forumsprozesses**

Die online-Begleitung des Forumsprozesses wird erstmals im Herbst 2010 nach Vorlage des avisierten Kabinettsbeschlusses zur „nationalen Engagementstrategie“ durchgeführt werden.

Die Möglichkeit der online-Partizipation wird zunächst durch Öffentlichkeitsarbeit unter Nutzung des social web (derzeit werden Gespräche wegen einer möglichen Zusammenarbeit mit der Stiftung Bürgermut geführt) allgemein bekannt gemacht, damit sich viele Menschen beteiligen können. Dies steigert insgesamt bereits den Grad öffentlicher Aufmerksamkeit für den Forumsprozess. Die online-Beteiligung wird in erprobten Verfahren mit der Stiftung MITARBEIT durchgeführt werden und beinhaltet auch eine Moderation der Beteiligung. So wird ermöglicht, dass die Ergebnisse der online-Partizipation gesichert und verbindlich in den weiteren Forumsprozess einbezogen werden können.

### **Öffentlichkeitsstarke Engagementgipfel als neues Element**

Die bisherigen Arbeiten des Forums könnten im kommenden Jahr durch einen öffentlichkeitsstarken Engagementgipfel zwischenbilanziert werden. Ein solches Format könnte zugleich die weitere Forumsagenda öffentlich bekannt machen. Das Gipfelformat, das einer intensiven Vorbereitung bedarf, könnte nicht nur die Vielzahl der beteiligten Bundesressorts an der nationalen Engagementstrategie durch deren Einbezug in das Format durch die jeweiligen Hausspitzen sichtbar machen, sondern auch die hochrangige Mitwirkung der Länder dokumentieren. Eine erste „Engagementministerkonferenz“ wäre beispielsweise in diesem Zusammenhang denkbar. Schließlich sollte der für den Forumsprozess prägende Einbezug von Zivilgesellschaft und

engagementfördernder Wirtschaft deutlich werden. – Der „Nationale Integrationsplan“ hat sehr gute Erfahrungen gemacht mit dem Instrument der „Selbstverpflichtung“. Dieses Instrument könnte mit dem Format von Engagementgipfeln verbunden werden, die ihrerseits einer Evaluation und Berichterstattung bedürfen.

Ein zweiter Engagementgipfel könnte nach den Vorstellungen des BBE gegen Ende der Legislaturperiode die Arbeiten an der nationalen Engagementstrategie bilanzieren.

### **Eine Koordinierungsstelle für Engagementforschung in den Strukturen des Forums**

Seitens der Wissenschaft wurde der Bedarf an einer bundesweiten Koordinierung der Engagementforschung zwecks besserer Vernetzung wie auch Identifikation bestehender Forschungslücken vorgeschlagen. Hingewiesen wurde dabei auf den Vorteil, eine solche Koordinationsstelle in den Strukturen des Forums einzurichten, da hier die Entwicklungsbedarfe und Probleme des Feldes am besten sichtbar gemacht werden und diese Befunde dann für die Agenda der Engagementforschung fruchtbar gemacht werden könnten. Erste Sondierungsgespräche zur möglichen Finanzierung einer solchen Koordinationsstelle durch Unternehmer und Stiftungen, werden derzeit bereits geführt.

## **1.5 Inhalte des Forums: Umsetzungsbegleitung und Agenda-Setting**

### **Umsetzungsbegleitung**

Die bisher durchgeführten Dialogforen aus dem April 2010 waren:

- Zuwendungsrecht
- Freiwilligendienste
- Bildung und Engagement
- Arbeitsmarktpolitik/Erwerbsarbeit
- Infrastrukturförderung
- Unternehmen in der Bürgergesellschaft (Corporate Citizenship)

Der avisierte Beschluss des Bundeskabinetts zur nationalen Engagementstrategie wird diese Themen sicherlich aufgreifen – doch bei der Umsetzung der Vorschläge zu den durchgeführten Dialogforen bedarf es weiterer Beratung. So sind etwa Maßnahmen zum Thema „Bildung

und Engagement“ ohne enge Abstimmung mit den Ländern und ohne Einbezug der Träger- und Förderstrukturen des Engagements nicht denkbar – hier sollte der Forumsprozess angemessene Formen der „Umsetzungsbegleitung“ vorsehen.

Auch das Thema „nachhaltige Infrastruktur“ erfordert erhebliche Vertiefungen – ist in diesem Zusammenhang doch auch über eine Reform der Förderalismusreform – d.h. eine Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Kommunen – nachzudenken, die unter der Voraussetzung verbindlicher Vorabsprachen zwischen Bund und Ländern die Nachhaltigkeit der Engagementförderung sicherstellen könnte.

Durch einen kritischen Fernsehbeitrag am 1. Juli im Magazin „Panorama“, wurde der Missbrauch der Übungsleiterpauschale bei der Verdrängung regulärer Erwerbsarbeit angesprochen. Die Diskussion über „Arbeitsmarktpolitik und Engagement“ muss dringend fortgeführt und vertieft werden.

Es ist also, wie bereits an diesen wenigen Beispielen deutlich wird – ein erheblicher Vertiefungsbedarf der bereits behandelten Themen im Rahmen des weiteren Forumsprozesses erforderlich.

### **Agenda-Setting**

Die Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie bedarf zudem einer Komplettierung der Agenda. Zu den in diesem Zusammenhang erforderlichen Fachberatungen gehören zum einen die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Prüfung eines nationalen Engagementförderplans und eines Engagementfördergesetzes, aber auch Themen, die bereits frühzeitig für den Forumsprozess vorgeschlagen worden sind.

Im BBE werden derzeit bereits Diskussionen dazu geführt, welche Inhalte ein Engagementfördergesetz haben könnte. Es böte die Chance, zukunftsfeste Förderstrukturen grundzulegen, etwa eine bundesweite Förderkompetenz für engagementfördernde Infrastrukturen oder für zeitintensive Engagementformen, die vom bisherigen Freiwilligendienst aller Generationen (FDaG) über die Telefonseelsorge bis zum Engagement in der Hospizarbeit reichen könnten. Derartige Regelungen könnten zugleich die Diskussionen über ein Freiwilligendienststatusgesetz entspannen, in denen der Einbezug des FDaG seitens vieler Träger von Jugendfreiwilligendiensten kritisiert wird.

*projektierte Foren:*

- Stadt- und Regionalentwicklung
- Integration/Migration
- Soziale Ökonomie
- Europa/europäische Zivilgesellschaft
- Partizipation und Demokratiepoltik
- Demographie
- Pflege/Gesundheit
- Engagementförderplan
- Gemeinnützigkeitsrecht
- Engagementfördergesetz

## **2. Zur künftigen Förderung des BBE**

Das BBE bereitet sich derzeit auf ausdrückliche Aufforderung des BMFSFJ hin darauf vor, sich von der bisherigen Trägerschaft von Geschäftsstelle und Projekten durch den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge zu lösen. Anfang kommenden Jahres wird an dessen Stelle eine gGmbH treten, deren einziger Gesellschafter die jeweils amtierenden Mitglieder des BBE-Sprecherrats sein werden.

Dieser Trägerwechsel hat jedoch auch eine Kostenseite. Die im Koordinationsausschuss des BBE vertretenen Organisationen haben daher das BMFSFJ gebeten, die erforderlichen Mehraufwendungen entsprechend abzusichern.

Für die Planungssicherheit des BBE wäre es zudem sehr hilfreich, wenn die unterschiedlichen Projektzuwendungen des BMFSFJ für das BBE in einem integrierten Zuwendungsbescheid zusammengefasst werden könnten – das würde der neuen Trägerstruktur des BBE ein noch effizienteres und noch effektiveres Arbeiten ermöglichen.

PD Dr. Ansgar Klein  
Geschäftsführer BBE

Dr. Serge Embacher  
Leiter der Koordinierungsstelle des NFEP